

SCHOOL-SCOUT.DE



Unterrichtsmaterialien in digitaler und in gedruckter Form

Auszug aus:

Diplomatische Entscheidungsfindung

Das komplette Material finden Sie hier:

School-Scout.de



Was ist Politik?

Politik II

Verlauf Material Klausuren Glossar Literatur

Diplomatische Entscheidungsfindung - oder was ist eigentlich Politik?

Von Eckhard Rüdelsch, Bremen



II/C2

Themen: Definition des Begriffs „Politik“; Unterscheiden von Politik, Politik ohne Jugend – Jugend ohne Politik?; Begründung und Idee politische Herrschaft; Grundfragen der Politischen, demokratischen – die beste aller Herrschaftsformen?

Ziele: Die Schülerinnen und Schüler setzen sich mit dem Begriff „Politik“ auseinander. Gleichzeitig setzen sie sich selbst in Beziehung zum Thema „Politik“, indem sie Möglichkeiten offener Kommunikation erörtern. Sie erheben empirisches Wissen über den Zusammenhang von Jugend und Politik. Schüler können erkennen, wie die Verbindung beider politischen Interesse und Engagements als Voraussetzung gesellschaftlicher Zusammenwachsens in einer Demokratie.

Klassenstufe: ab Klasse 10

Zeitbedarf: 10-14 Unterrichtsstunden

©1 ERADDS School-Scout.de/Politik für 2016

Diplomatische Entscheidungsfindung – oder was ist eigentlich Politik?

Von Eckhardt Rüdebusch, Bremen



© Wiesław Smetek: Illustration „Fluch der Karibik“ aus Die Zeit Nr. 40/2017

II/C2

Themen: Definition des Begriffs „Politik“; Dimensionen von Politik; Politik ohne Jugend – Jugend ohne Politik?; Begründung und Idee politischer Herrschaft; Grundkategorien des Politischen; Demokratie – die beste aller Herrschaftsformen?

Ziele: Die Schülerinnen und Schüler setzen sich mit dem Begriff „Politik“ auseinander. Gleichzeitig setzen sie sich selbst in Beziehung zum Thema „Politik“, indem sie Möglichkeiten politischen Handelns/Aktivseins erarbeiten. Sie erhalten empirisches Wissen über den Zusammenhang von Jugend und Politik. Darüber hinaus erkennen sie die Unabdingbarkeit politischen Interesses und Engagements als Voraussetzung gesellschaftlichen Zusammenlebens in einer Demokratie.

Klassenstufe: ab Klasse 10

Zeitbedarf: 10–14 Unterrichtsstunden

Begründung des Reihenthemas

Jugendliche gelten gemeinhin als politisch wenig interessiert. Etikettiert werden sie als „Generation sorglos“, „Generation Y“ oder „Generation What“. Abgelenkt durch soziale Netzwerke, vagabundierend im Internet oder nach dem Prinzip „Genuss sofort“ lebend, fällt es ihnen eher schwer, sich politisch zu interessieren oder sich auf die mühevollen Ebene der institutionenbasierten Alltagspolitik zu begeben, so ein weithin immer wieder konstatiertes Befund.

Es handelt sich hierbei um eine Überzeichnung, auch wenn es richtig ist, von einer offensichtlichen Distanz zwischen Jugendlichen, ihren Wünschen, Interessen, Werten und traditionellen Politikformaten zu sprechen. Studien widerlegen immer wieder das Vorurteil einer generellen Politikverdrossenheit von Jugendlichen oder gar eines Desinteresses an Demokratie. Gleichzeitig machen sie jedoch auf eine wachsende Kluft zwischen Jugendlichen und den traditionellen Parteien und Institutionen aufmerksam.

Jugendliche sind politisch interessiert. Dabei sind sie auch zunehmend auf zivilgesellschaftlicher Ebene aktiv. Von einem generellen Desinteresse an den Problemen des Gemeinwesens kann keine Rede sein. So engagieren sie sich in Internetforen, für die Umwelt, in der Nachbarschaft, für sozial Schwache, in der Schule oder in Vereinen. Die Flüchtlingskrise von 2015 mobilisierte nicht nur Erwachsene, sondern bestärkte auch viele Jugendliche in ihrem sozialen Engagement.

Im Zentrum stehen bei den Jugendlichen in der Regel jugendspezifische Interessen. Ihre Realisierung wird in anderen als den von den Parteien angebotenen Foren angestrebt und gelebt. Nicht Begeisterung für genuin politische Institutionen, sondern der Wunsch, aktiv an der Gestaltung von Gesellschaft und des eigenen Lebens mitzuwirken und sich einzubringen, treibt die Jugendlichen. Sie verfügen über ein anderes, offensichtlich weiteres Politikverständnis, das wenig bis gar nicht mit dem etablierten engen Begriff von Politik korreliert. Das wirft wiederum die Frage auf: Was ist eigentlich Politik? Was kann in einem weiteren oder engeren Sinne darunter verstanden werden? Wie lassen sich beide Politikbegriffe miteinander verzahnen? Wie kann es gelingen, Jugend an Politik heranzuführen, ihr Interesse zu wecken bzw. sie in ihrem politischen Engagement zu bestärken? Welchen Politikbegriff braucht es als Staatsbürger in einer lebendigen und funktionierenden Demokratie?

Fachwissenschaftliche Orientierung

Eine kurze Geschichte der Politik

Die Theorie von Politik hat eine lange und vor allem kontroverse Geschichte. Begriffsgeschichtlich ist „Politik“ abgeleitet von der antiken Polis, der sich politisch selbst regierenden und ökonomisch autarken griechischen Stadtbürgerschaft. Getragen wurde die Polis vom Engagement des *politikos*, d. h. des waffenfähigen männlichen Bürgers, der in der Volksversammlung aktiv war. Er entwickelte sich ab dem 4. Jahrhundert zum Experten von Politik. Dies vor allem wegen seines spezifischen Wissens um die Handhabung von Gesetzen und den richtigen Gebrauch der öffentlichen Finanzen. Der von den dazu berechtigten männlichen Staatsbürgern auf der *agora* (Markt) öffentlich ausgelegte Dialog über die Belange der Polis stellte den Kern praktischer Politik dar.

Einer der ersten und bis heute einflussreichsten Denker, der sich in Fortführung der Gedanken seines Lehrers Platon mit dem Inhalt und dem Ziel von Politik auseinandersetzte, war Aristoteles. Der Mensch war für ihn ein prinzipiell auf soziales Zusammenleben in der Gesellschaft hin ausgerichtetes Wesen, ein sogenanntes *zoon politikon*. Eigentlich politisch wurde er jedoch erst da, wo er in der Stadt (Polis) lebte und sich dort auf der *agora* für die Belange der Gemeinschaft engagierte. Das Öffentliche gewann hier vor dem Privaten unbedingten Vorrang. Ziel dieser Tätigkeit war die Ermöglichung eines guten und vor allem tugendhaften Lebens jenseits körperlicher Arbeit für einige Privilegierte.

Vor dem Hintergrund der Parteienkämpfe seiner Zeit sah der Renaissance-mensch Machiavelli demgegenüber im Fürsten den Hauptakteur von Politik. Ziel seines politischen Handelns war der Erwerb und die Sicherung fürstlicher bzw. staatlicher Macht. Hierzu war es ihm jenseits aller heute gültigen Moralvorstellungen erlaubt zu lügen, zu betrügen oder zu seinem eigenen Vorteil zu agieren, sofern dem Prinzip der Staatsraison, der Durchsetzung der Machtinteressen des Staates bzw. seines Herrschers, Rechnung getragen wurde.

Die Neuzeit brachte demgegenüber andere Ideen hervor. Während noch für den Theoretiker des Absolutismus, Thomas Hobbes, das Ziel aller Politik darin bestand, die absolute Souveränität des Fürsten theoretisch zu legitimieren und abzusichern, sah sein liberaler Widerpart, John Locke, die Sicherung des Eigentums (Freiheit und Leben) als erstes Ziel der Politik an. Dies war für ihn ein wesentliches Moment zur Bildung von Gesellschaft. Wiederum anders als bei Hobbes findet die Vereinigung zur Gesellschaft jedoch nicht in Form eines Unterwerfungsvertrages unter einen absoluten Souverän statt, sondern als vernunftgeleiteter Zusammenschluss freier Bürger.

Weitergeführt wurden diese Gedanken von den französischen Aufklärern wie Montesquieu, Voltaire oder Rousseau. Ihre Ideen bildeten die Basis für die Utilitaristen des 18. Jahrhunderts. Sie hielten Politik für den Versuch der Herstellung des größten Glücks für die größte Zahl. Die großen Ideologien des 19. und 20. Jahrhunderts schließlich, der Marxismus und der Totalitarismus, sahen in der Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Klassen oder Rassen um die Vorherrschaft das Grundelement von Politik. Sie bedeutete ihnen Kampf, nicht etwa Ausgleich oder die Moderation unterschiedlicher Interessen.

Politik im demokratischen Staat dagegen ist auf der unverletzlichen Würde des Menschen gegründet und vom Prinzip des Gemeinwohls bestimmt. Nicht Kampf, wohl aber die normenbasierte politische Auseinandersetzung, die Suche nach Kompromiss und Konsens sind hier wesentliche Voraussetzungen für eine gedeihliche Beilegung von Konflikten. So weit die Theorie. Populistische Strömungen sind im Begriff, diesen Konsens aufzuweichen.

Politik bedingt Herrschaft?

Macht, Herrschaft, Gewaltenteilung, Interesse, Pluralismus, Konflikt, Kompromiss, Konsens, Öffentlichkeit und ähnliche Begriffe gehören unzweifelhaft zum Kernbestand dessen, was traditionelle Politik im demokratischen Staat ausmacht. In besonderem Maße gilt dies für die Kategorien „Macht“ und „Herrschaft“. Auch im Sinne eines weiten Politikbegriffs sind sie Bestandteil unserer Alltags- und Erfahrungswelt.

Schon die Antike definierte Herrschaft als quasi naturgegebenes Prinzip, abgeleitet aus der Notwendigkeit arbeitsteiliger gesellschaftlicher Organisation.¹ Für das Mittelalter bedeutete Herrschaft dagegen „Lohn der Sünde“ oder „Zuchtrute Gottes“. Sie wurde, religiös untermauert, zum „Gängelungsinstrument“ und resultierte in der unhinterfragbaren Pflicht zum Gehorsam gegenüber weltlicher wie geistlicher Obrigkeit.² Erst die Vertragstheorie der Neuzeit – Hobbes (Unterwerfung), Locke (Freiwilligkeit) – konstituierte Herrschaft auf der Basis von Vernunft, gegen die bei Locke, im Falle ungesetzlicher Ausübung, sogar Widerstand erlaubt war. Spätestens mit Locke wird Herrschaft auch der Charakter eines nur persönlichen Beziehungs- und Abhängigkeitsverhältnisses genommen. Sie wird nur zu treuhänderischem Gebrauch vergeben.

Modernem Verständnis zufolge ist politische Herrschaft „eine zu angebbaren Zwecken auf Dauer gestellte, an feststehende (Rechts-)Regeln gebundene Beziehung der Über- und Unterordnung innerhalb eines Staates“³. Herrschaft ist von Macht zu unterscheiden. Für Letztere hat Max Weber die prägende Definition geliefert. Danach bedeutet Macht „die Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht“⁴.

Politische Herrschaft im demokratischen Staat verfügt zwar über das Machtmonopol, allerdings nur legitimiert durch die mittels Wahlen erhaltene Zustimmung und eingeschränkt durch oppositionelle Kontrolle und öffentliche Medien. Dies bedeutet: Politische Herrschaft im demokratischen Staat repräsentiert eine Form institutionalisierter Macht, und zwar eine solche, die sich auf akzeptierte und vom Konsens getragene Normen und Werte, Kontrolle sowie institutionalisierte Verfassungselemente stützt.

Ein zivilgesellschaftlicher Politikbegriff jenseits institutioneller Formen?

Was Politik im Wesentlichen kennzeichnet, ist auch innerhalb der modernen Politikwissenschaft umstritten. Ein neuerer Ansatz, der auch für politischen Unterricht fruchtbar gemacht werden kann,

¹ Vgl. Nohlen, Dieter (Hg.): Wörterbuch Staat und Politik, Piper, München/Zürich 1991, S. 225/6.

² Vgl. ebd., S. 226.

³ Mickel, Wolfgang W. (Hg.): Handlexikon zur Politikwissenschaft, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung (Bd. 237), Bonn 1986, S. 373.

⁴ Ebd., S. 374.

SCHOOL-SCOUT.DE



Unterrichtsmaterialien in digitaler und in gedruckter Form

Auszug aus:

Diplomatische Entscheidungsfindung

Das komplette Material finden Sie hier:

School-Scout.de



Was ist Politik?

Politik II

Verlauf Material Klausuren Glossar Literatur

Diplomatische Entscheidungsfindung - oder was ist eigentlich Politik?

Von Eckhard Rüdelsch, Bremen



II/C2

Themen: Definition des Begriffs „Politik“; Unterscheiden von Politik, Politik ohne Jugend – Jugend ohne Politik?; Begründung und Idee politische Herrschaft; Grundfragen der Politischen Demokratie – die beste aller Herrschaftsformen?

Ziele: Die Schülerinnen und Schüler setzen sich mit dem Begriff „Politik“ auseinander. Gleichzeitig setzen sie sich selbst in Beziehung zum Thema „Politik“, indem sie Möglichkeiten politischer Mitbestimmung erschließen. Sie erheben empirisches Wissen über den Zusammenhang von Jugend und Politik. Schüler können erkennen, wie die Bildung beider politischen Interesse und Engagements als Voraussetzung gesellschaftlicher Zusammenwachsens in einer Demokratie.

Klassenstufe: ab Klasse 10

Zeitbedarf: 10-14 Unterrichtsstunden

©18/2018 School-Scout.de/Politik für 2018